

Labn-Bole

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis. Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Emß

Anzeigenpreise: Die erste Millimeterzeile 8 Goldpf., auswärts, untl. Bekanntmachungen, A. Reichertungen 12 Goldpf., die Namen 25 Goldpf. Die Goldmarkpreise werden mit dem jeweiligen Kurs der Reichsmark bewertet. — Druck u. Verlag: G. Ehr. Sommer, Bad Emß, Joh. G. Fager, Felsberg, Geschäftsstelle: Rönnefeldt 66, Bureau 7. Schriftleitung: G. H. Bloch, Tel.-Nr.: Labnbole Emß. Bankkonten: Kass. Landesbank u. Bank f. A. Kriebitzger, Bad Emß. Postfach 237 10618

Ein stimmiger Gesetzesentwurf zur Abschaffung des Kalifats. Englische Pressestimmen zum Notenwechsel. — Die Vernehmung der Angeklagten im Hitler-Prozess beendet.

Amerika und die deutsche Not

In denjenigen Kreisen, die sich selbst durch das wachsende politische und wirtschaftliche Elend nicht schon abhalten lassen, gegen andere Berufs- und Wirtschaftsklassen zu hetzen, sind gewisse Neuerungen des amerikanischen Handelsverkehrs Doover gegen die deutschen Landwirte eingehend behandelt worden. Der amerikanische Staatsmann soll geneigt haben, Amerika für sich nicht beizulegen, den notleidenden Schichten Deutschlands zu helfen, solange die Besizer reicher Nahrungsmittelverträge sich weigerten, Brot und Fleisch zu mächtigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Sieht man jetzt die Verhältnisse für wichtig, Verträge durch, so findet man, daß die Gegenstände der Verträge sich keineswegs besonders hoch gehandelt haben. Das wichtigste Lebensmittel, Roggen, in dem jeder Roggen als vor dem Krieg, obwohl die in der ganzen Welt angezeigte Verteuerung der Waren eine Erigerung um 40 Prozent hätte als normal erscheinen sollte. Käufliche Roggen wurde an der Berliner Börse im Jahre 1913 mit über 8 Mark der Zentner notiert, am 11. Dezember 1923 mit über 750 (Gold). Es ist ein Grund das Brot etwa 50 Prozent teurer ist als vor dem Krieg, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Preispannen zwischen Roggen und Weizenmehl einerseits und zwischen Weizenmehl und Mehl andererseits weit mehr als um 40 Prozent dieses in der Zeit der durchschnittlichen Weltmarktpreise gestiegen sind.

Alle diejenigen, die den amerikanischen Handelsminister Doover nicht nur als einen hervorragenden Kenner der Ernährungswesen, sondern auch als einen klugen und lokalen Menschen schätzen, haben bereits mit einigem Zweifel über den Vorkursen Kenntnis genommen, welche Doover gegen die deutsche Landwirtschaft erhoben haben soll. Jetzt können augenblicklich ergänzende Meinungen über den Ursprung, welche diese Zweifel befeuern. Danach hat Handelsminister Doover viel eingehender und viel verständnisvoller über die Gründe der deutschen Not gesprochen, als es nach der ersten Wirkung des Anspruchs hatte. Der amerikanische Politiker sieht drei Gründe für die Störung in der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes. Der erste kann, solange die Stabilität der Währungsverhältnisse anhalten, als zur Zeit nicht aktuell angesehen werden. Allerdings haben sich die landwirtschaftlichen Argumente während des französischen Hungerjahres der Winterzeit veranlaßt, die Lieferung ihrer Produkte aufwärts einzuschneiden. Die beiden anderen von Doover genannten Gründe betreffen jedoch zur Zeit noch: Dem deutschen Einfuhrhandel stehen nicht genug Devisen zur Verfügung, um für den späten Teil im Frühjahr einreichende Mengen an Lebensmitteln einzuhandeln. Der Kaufkraft heute schon durch Käufe im Ausland vorzuziehen zu treffen. Weiter ist natürlich die Landwirtschaft machtlos gegenüber der Konkurrenz, daß weitere Schichten unseres Volkes arbeitslos werden und fast jede Kaufkraft verlieren. Der Landwirt, dem die erste Pflicht obliegt, seine Produktionsfähigkeit aufrecht zu erhalten und möglichst noch zu steigern, kann seine Existenz nicht bejahen. Der amerikanische Minister trifft durchaus das Richtige, wenn er ein- oder zweimalige Lebensmittel für Deutschland empfiehlt. Es hat den Anschein, als habe in Amerika ein Bewusstsein zu, um diese Notlage zu beenden. Wer dazu beitragen will, daß unser Volk im nächsten Frühjahr und Sommer eine fürbare Ernährungssicherheit erlangt, muß sich dafür einsetzen, gegen eine ganze Reihe von Hindernissen und einflussreichen Anhängern ausländischer Interessen zur Fortsetzung einer heute mehr als je unangebrachten inneren Hilfe zu verwenden. Dr. Kroll

Abschaffung des Kalifats

Konstantinopel, 3. März. Die Konferenz der Vorkonferenz nahm gestern so gut wie einstimmig den Gesetzesentwurf betreffend die Abschaffung des Kalifats an und die Abschaffung des Kalifats an. Die Konventionen machen nur eine formale Opposition und schlugen vor, das Kalifat entweder dem Präsidenten oder der Nationalversammlung zu übertragen. Dieser Vorschlag wurde verworfen. Nach einem Telegramm aus Ankara über die Haltung der fortschrittlichen Partei behauptet die Partei, daß das Kalifat eine Gefahr für die Republik bedeutet und daher abgeschafft werden müsse. Jede Bezugnahme auf den Kalifen und jede Vermischung von Religion und Politik wäre als Hochverrat anzusehen.

Die englische Presse zum Schriftwechsel Macdonald-Poincaré

London, 3. März. Die Presse beurteilt den gestern veröffentlichten Schriftwechsel zwischen Macdonald und Poincaré, der im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, wohlwollend, jedoch mit einer gewissen Zurückhaltung. Einige Blätter heben hervor, daß Poincarés Darstellung der französischen Politik ansehbar ist.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Der Standpunkt Poincarés bleibt im wesentlichen der bisherige. Wenn Poincaré behauptet, Frankreich habe niemals den Rhein als Grenze betrachtet, so ist man geneigt, ihr auf den mit dem französischen Nachbarn 1919 abgeschlossenen Geheimvertrag zu verweisen. Was die Friedenskonferenz von 1919 und die darauffolgenden Ereignisse betrifft, so ist es unentschieden, zwischen der tatsächlichen Annexion durch Frankreich und der Schaffung neutraler Pufferstaaten auf dem linken Rheinufer unter französischer Aufsicht. Die Hauptstelle in Poincarés Schreiben ist jedoch die, in der er mit der gewöhnlichen Einschätzung erklärt, das Durchbrechen der Neutralität zu veranlassen an dem Tage, an dem Deutschland seine Schulden bezahle. Die Besetzung des Rheinlandes werde ein Ende nehmen, wenn die im Vertrag niedergelegten Bedingungen erfüllt sind und die Sicherheit verbürgt sei. Die für die Mängel des Rheinlandes festgesetzte jährliche Rente habe demnach fast 4. Milliarden, noch nicht zu laufen begonnen, selbst wenn dem so wäre, würde Frankreich nach der französischen Auslegung des Friedensvertrages es nicht räumen, es nicht die Garantie für seine Sicherheit die nicht notwendigerweise im Vertrag enthalten sind, erfüllt seien. Daily News sagt: Es sei klarer denn je geworden, daß die Frage der Sicherheit der französischen Punkte bei den kommenden Verhandlungen sein werde.

Daily Express schreibt: Poincaré werde es möglicherweise schwierig finden, viel zu tun ungenügend, sich aus dem Angebiet zurückzuziehen. Vielleicht werde ein anderer tun, was Poincaré nicht tun könne, um Frankreich aus dem politischen und finanziellen Stumpf, in den es geraten ist, herauszuführen. Angesehen sei von einer großen Veränderung in England eingetreten, die die Beziehungen zu Frankreich viel besser. Baldwin habe in seinen Erörterungen mit Poincaré an einer sehr bedeutungsvollen Schwäche gelitten, da ein wichtiger Teil seiner Anhänger den französischen Standpunkt gegen seine eigene Partei, die liberale Partei und einen wachsenden Teil der konservativen Partei hinter sich. Er verwehre die vorliegende Antwort seiner Landleute. Er ist hart, wo sein Vorgänger schwach gewesen sei.

Daily Chronicle erklärt die Schriftwechsel als Anzeichen auf Ergebnisse. Poincaré Antwort ist lakonial und vielleicht das verständigste Dokument, dessen man sich von ihm erinnern könne. Das Wort weist aber gegenüber der Behauptung Poincarés, daß er keine Annexion beabsichtige, an die tatsächlichen Verhältnisse zur Schaffung der Rheinlandrepublik und der Autonomie des Palz unter der französischen Regierung und der Kontrolle gedungener Deutscher hin.

Daily Mail und Morning Post sind von dem Schriftwechsel sehr befieligt. Das erste Blatt bezieht die beiden Ansätze gegen das unversöhnliche militärische Deutschland, das zweite betont, daß der Schriftwechsel kein Zeichen irgend eines Bundes, es seien Macdonalds offenbare, den Verfall der Vertrag zu revidieren oder irgendein Argwohn auf seinen Poincarés, daß er dem britischen Premierminister irgendwelche derartigen unpopulären Vorschläge zurecht.

Die Times schreibt, während Macdonald sein Verhalten, eine „Atmosphäre des Verlebens“ in Frankreich zu schaffen, verfolge, habe der Rücktritt des belgischen Kabinetts einen neuen gefährlicheren Faktor in die europäische politische Lage gebracht. Belgien könne von neuem seine Unabhängigkeit geltend machen, und indem es dies tue, dem notleidenden Europa einen besonderen Dienst leisten.

Hitler-Prozess

Die Vernehmung des Leutnant Wagner

Darauf wird in die Vernehmung der Angeklagten Leutnant der Infanterie Robert Wagner eingetretten.

Der Angeklagte schließt zunächst seine Vernehmung am 2. November 1918 mit dem Bizefeldwebel Fritz Ebert, dem Rufen des Reichspräsidenten.

Von freudiger Beifallung der Schüler der Infanterieschule im Sinne der Allfischen Bewegung oder gar im Sinne einer Gehorsamsverweigerung den Vorzeichen gegenüber sei keine Rede gewesen. In der Nacht am 1. November, die vor dem Anwesenheit abgehalten wurde, erschienen nur nur die letzte Person des Generals Löffow vor der Tat.

Der Staatsanwalt fragt nunmehr Aufschluß der Deffektivität für die weiteren Ausführungen da diese mit der Rechtschick zusammenhängen. Das Gericht schließt sich dem Antrag an.

Nach Wiederherstellung der Deffektivität wurde in der Vernehmung der Angeklagten Wagner fortgeführt. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt Wagner die Überzeugung gewonnen zu haben, daß Kahr und Löffow hinter der Sache ständen. Er mochte auch keine Veränderung der Verfassung sondern nur die Entfernung nichtlebiger Personen. Weiter gibt der Angeklagte zu, den Tag durch die Stadt mit ungeladenem Gewehr mitzugehen zu haben. Es war unbedingt die Aufassung einer Ankündigung, daß Kahr und Löffow mitzuden würden. Auf eine Frage des beschuldigten Verteidiger erklärt dann Wagner mitzugesagen, daß die Stammoffiziere der Infanterieschule bei dem Marsch nach dem Bürgerbräueller mit ganzen Besatz bei der Sache waren.

München, 3. März. In der Nachmittags Sitzung brachte Justizrat Kohl die in der heutigen Vormittagsung angekündigten Verlesentzüge zur Verlesung und befragte die Mitglieder des Staatsanwalts, wegen des Angeklagten Sitzverhaltens über die Vorgänge am Odeonsplatz und drückte die Hoffnung aus, daß dasselbe schließlich zu Ende geführt wird und daß es, wenn nötig, zur Verlesung der Herren Kahr, Löffow, Scher und Glöcklin führen werde. Des weiteren befragte Justizrat Kohl die Vernehmung sämtlicher Mitglieder des Ministeriums schließlich einschließlich des ehemaligen Landwehrkapitänministers Pfaffner, des Geheimrats Dr. Held und des Fortrats Eberich.

Die Aussagen Oberleutnant Bernet

Die hierauf erfolgte Vernehmung des Stiefsohns des Generals Ludendorff, Oberleutnant A. D. Bernet, war in zwei Minuten erledigt. Bernet befragte die Überbringung der Aufzeichnung an Leutnant Wagner, am 9. November in die Schefflingstraße zu kommen. An der Versammlung der 8. November nahm er teil, ohne zu wissen, daß dabei etwas unternommen werden sollte. Von den Ereignissen im Bürgerbräueller sei er völlig überverraht worden. Er habe dann mit Scheubner-Richter auf diesen Aufforderung seinen Stiefvater, General Ludendorff geholt und auf Verhalt Hiltler auch die Leistungen zur Rekonstruktion der 1820 Witzgen bei Bayern unterschrieben. Er, Bernet, habe sich gedacht, daß die Sache legal sei.

Überamtman Dr. Frit

Überamtman Dr. Frit wird hierauf als letzter Angeklagter vernommen. Er geht sich seinen Ausführungen davon aus, daß er sich nie in seinem Leben von marxistischen sozialistischen oder demokratischen Gedanken habe lösen lassen. Er sei von Pöhlner Mitte Mai zum Leiter der politischen Abteilung der Polizeidirektion ernannt worden, wobei er insbesondere die Reichshöhe, die Polizeiwache und Einwohnerviertel kennengelernt habe. Eine Enttäuschung sei dann der tägliche Umgang Kahr im September 1921 gewesen, für Pöhlner sei es nach diesen Vorgängen unmöglich gewesen, weiterhin die Leitung der Polizeidirektion innezuhaben. Der Angeklagte betont, daß sich seine Beziehungen zu Pöhlner im Verlaufe sehr eng gestaltet haben. Seine Frits, Redungen handelten sich immer mehr dem aktivistischen Teil der bayerischen Bewegung zu. Er habe während seiner Tätigkeit in der Polizeidirektion in Wert darauf gesetzt, mit der Nationalsozialistischen Partei in Rindiger Fühlung zu bleiben, um dadurch die Bewegung zu zügeln und einen gewissen Einfluß auf sie auszuüben.

Freid geht dann auf die Vorgänge im Bürgerbräueller ein.

Freid geht dann auf die Vorgänge im Bürgerbräueller ein. Pöhlner habe ihn dann im August Kahr ersucht, das Polizeipräsidium zu übernehmen. Er habe sofort eingewilligt, daß er nicht als Polizeipräsident, wohl aber in seiner gegenwärtigen Eigenschaft bereit sei, diesem Erhaben während der Dauer der Abwesenheit des Polizeipräsidenten Mantel nachzukommen. Kurz nach 11 Uhr sei er zu Kahr gegangen, der ihn herzlich begrüßt habe. Weiter die Versammlung im Bürgerbräueller sagte Kahr, das Vergehen Hiltlers habe ihn sehr unangenehm berührt und sogar erschreckt, aber er habe sich jetzt damit abgefunden. Nach dem Eintreffen in der Polizeidirektion seien verschiedene Nachrichten aus dem Lande gekommen, die ihn, Freid, fasziniert machten. Ein Bericht, mit Löffow und Scher in Verbindung zu kommen, sei aufkommen. Er habe dann erzählt, die inoffiziellen gemeldeten Verbindungen in der Münchener Post sofort einzufügen. Nach 3 Uhr morgens sei er zu einer Besprechung zu Oberst Panzer getrieben worden, der ihn im Namen der verfassungsmäßigen Regierung für befristet erklärt habe. Nach Erklärung des Obersten Panzer habe Kultusminister Dr. Matt die verfassungsmäßige Regierung befragt. Auf verschiedene Fragen von Seiten des Vorsitzenden berichtet Freid, keine Kenntnis davon gehabt zu haben, daß er Polizeipräsident werden sollte. Auch das Stichwort „Glückselig entbunden“ sei nicht an ihn gekommen. Weiter fügte der Angeklagte aus, daß er erst am 20. Dezember erfahren habe, was er begangen haben soll. Freid bestritt, daß den ganzen Vorgängen Kenntnis gehabt zu haben. Sämtlich Kahr in der Besprechung um 12 Uhr nur eine Andeutung gemacht, dann wäre das Angebot vom 9. November an diesem Zeitpunkt noch zu verhindern gewesen. Er habe sich jedenfalls keine Unterlassungsgeldende zuzubeden kommen lassen.

Nach Beendigung weiterer Fragen wird die Sitzung geschlossen. Die Vernehmung der Angeklagten ist damit beendet.

Die Besprechungen des Reichskanzlers erfolglos

Berlin, 3. März. Durch die Besprechung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Parteiführern Müller-Franken und Brechtigand über die durch die Notverordnung der Regierung geschaffene Lage und die Behandlung derselben im Reichstag II, wie in parlamentarischen Kreisen verläuft, irgend eine Veränderung nicht eingetreten. Die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Führern wurde auch nicht weitergeführt werden. Von beiden Seiten sei der bekannte sich entgegenstehende Standpunkt festgehalten worden.

Besprechungen mit den Mittelparteien

Kaut Deutsche Allgemeine Zeitung wird der Reichskanzler heute keine Besprechungen mit den Parteiführern über die parlamentarische Lage, insbesondere über die Frage der Reichstagsauflösung, fortsetzen und zwar zunächst mit den Vertretern der Mittelparteien.

Aus den Sachverständigen-Anschüssen

Paris, 3. März. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der heute abend Paris wieder verläßt, verhandelte heute vormittag und nachmittag fünf Stunden mit dem Bankunterausschuß über die zu gründende Goldmarkbank. Es wurden gewisse noch zu klärende Einzelheiten diskutiert und unter anderem auch der Übergang der Goldmarkbank in die geplante endgültige Bank besprochen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird am kommenden Montag nochmals mit dem Bankunterausschuß verhandeln.

Paris, 3. März. Das Komitee Mac Kenna wird seine offiziellen Sitzungen am 10. März wieder aufnehmen. Man hofft, daß die endgültigen Berichte der Reparationskommission Ende der nächsten Woche überreicht werden können.

Neue Ansprache mit Dr. Schacht

Paris, 3. März. Der Bankunterausschuß des Komitees Dawes hätte heute vormittag den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an, welchen der Vorsitzende der Kriegskostenkommission Ritter zur Seite stand. Die geplanten Statuten der Emiffionsbank für goldener Noten wurden im Wesen von Dr. Schacht einer Prüfung unterzogen. Die Änderung von Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute nachmittag fortgesetzt.

Aus Stadt und Land

Stadtverordnetenversammlung in Diez

Im Sitzungssaal des Rathhauses am 3. März, nachm. 4.30 Uhr. Anwesend: Wügerem, Hoch, Beigeordneter Gasseier, Stadt-,Vorsteher Thomas und sämtliche Stadtverordnete.

Der Vorsteher eröffnete pünktlich die Versammlung. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Sitzung schied man zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1: Feststellung der Jahresrechnung für 1919, fand die Versammlung nichts zu erinnern; die zum Rechnungsjahr erlassenen Belege waren in tabellarischer Ordnung beiliegend. Dem Rechner wird für 1919 Entlassung erteilt.

2. Die Bedingungen, die zur Bewilligung eines Staatszuschusses für die Beschäftigung übernahmlich werden müssen, sind im Ganzen dieselben geblieben. Die Zuschüsse werden für die Dauer von 3 Jahren gewährt und dürfen 8 1/2 Prozent der persönlichen Ausgaben (Schüler für Lehrer, Hilfslehrer, Lehrer- und Hinterbliebenengelder) nicht übersteigen. Ein Vorteil ist indessen eingetreten, als die Stadt jetzt freie Hand in der Frage der Stellenbesetzung des Lehrkörpers hat.

3. Mehr die Vorlage des Magistrats betr. Umlegung der Hund-, Anknüpfungs- und Vergütungsteuer wird beschlossen. Mäntzchen vom 1. Januar wird die Hundsteuer auf 24 Mark für den ersten Hund, 72 Mark für den zweiten und weiteren festgesetzt. Die Zahlen verbleiben sich einschließlich des Kreiszuschusses von 5 Mark.

Die Anknüpfungssteuer fest sich wie folgt zusammen: bis 0,30 Qm. 1 Mk., 0,60 2 Mk., 1,2 3 Mk., 2,5 3 Mk., 5 Qm. 7 Mk., 10 Qm. 9 Mk., über 10 Qm. 11 Mk.

Wegen die zu erhöhende Vermögenssteuer war ein Antrag zu gutem Theile verwerfen. Die Beschlüsse der Stadt ausgegangen mit der Begründung, daß das gesellschaftliche Leben darunter lide. Herr Wügerem. Hoch erklärte, daß diese erhöhte Steuer sich nur gegen Vermögensbesitzer in dieser Stadt richtet; auch in der Versammlung war der Ansicht, die erhöhte Steuer zu beschließen nach der Magistratsvorlage. Der Antrag wird angenommen mit der Klausel, daß den beladen Vermögensbesitzern, dem Turn- und Sportklub und der Freiwilligen Feuerwehr, die alle theilte Zweck verfolgen, jährlich je ein Vergütung mit Ermäßigung auf 25 Prozent gewährt wird.

4. Abgabe von Bauplänen. Der Verlängerungsantrag des Bauamtes des Bauplatzes der Grotte. Hierin auf dem Weich mit 22,50 Mk. pro Rute ist zum Jahresende nicht genehmigt, ebenso der Verkauf eines Bauplatzes in der Dillstraße an Herrn A. Schang mit 30 Mk. pro Rute für gut befunden. Stadt-Verleher verlangt erst die Festlegung eines Bauplatzes, damit das Gelände ausgemessen wird. Der Plan ist schon fertiggestellt.

5. Mitteilungen offizieller Art waren nicht vorhanden, dagegen kamen aus der Reihe der Stadtverordneten mehrere Anträge und Beschwerden zur Sprache.

Stadt-Verleher wies auf die Notwendigkeit des Interesses in der Zeitung hin; oder sollten die Behauptungen nieder durch die Stelle veröffentlicht werden? Es kann von niemand verlangt werden, daß er täglich nach neuen Behauptungen am Literaten Wert lieh. — In Zukunft werden die Behauptungen wieder in der Zeitung veröffentlicht.

Stadt-Verleher schreibt die Frage einer Umformung des Jahressitzungsprotokolls der Stadt an die Anträge erfolgte zur Zeit der Session — zunächst für die Sitzung in der Hoffnung auf gute Beziehungen andere Parteien verkauft. Für die Stadt macht es keinen allgütigen Betrag aus. Er verlangt die Ausarbeitung eines Informationsplans. Der Antrag braucht ja vorläufig nicht ausgeführt zu werden, nur geprüft. — Herr Wügerem. Hoch hofft, eine Vorlage machen zu können.

Ein schwieriges Kapitel machten die Beschwerden des Handwerkers und Gewerbetreibenden, die Stadt-Verleher vorbrachte. Die Diezer Handwerker sind zum Teil ohne Arbeit; südliche Arbeiten werden nur durch Nacharbeit beibehalten. Im Vertriebsbereich sind verschiedene Arbeiten ausgefallen worden, wie etwa die Arbeiten. Die Kommission soll über ein Jahr lang nicht mehr getagt haben. — Herr Wügerem. Hoch bemerkt, daß von der Stadt großes Interesse dem Handwerker und Gewerbetreibenden zuzuwenden ist — doch auch die Allgemeinheit muß berücksichtigt werden. Wenn die Stadt die Arbeiten nicht ausführen kann, geschieht das im Interesse der Steuerzahler und wieder in erster Linie dem Gewerbetreibenden. Die Not ist groß, die Arbeiter der Stadt werden doch. Sozusagen ein Viertel der Bewohner werden aus öffentlichen Mitteln unterstützt; Kohlen und Brot auf Staatskosten abgegeben — man muß versuchen, auch die Nachhandwerker oder gelehrten Arbeiter etwas verdienen zu lassen. Doch sollen größere Arbeiten in Zukunft auf dem Verhandlungswege vergeben werden.

Stadt-Verleher Thomas erklärt, daß amtliche amtlicher Ausübung an gleiche Arbeiter besser Handwerker Beschäftigung hätten müssen und bemerkt ausdrücklich, daß Arbeiter in Zukunft ausgeübt werden sollen.

Die Beamtenabbaufrage wird auch durch Stadt-Verleher angefaßt. Man sollte beim Wohnungswesen als fäkt. Anfang anfangen und die Beamten in ihre ursprüngliche Verwaltungsfunktion zurückverlehen. Stadt-Verleher Thomas nimmt Vernehmung dagegen, da das Wohnungswesen doch eine soziale Einrichtung sei und eine geordnete Einrichtung.

Vorsteher Thomas berichtet die Aussagen insofern, als es Herrn Reinhard um den Abbau von Dienstleistungen zu tun ist, das mit dem Beamtenabbaulich nichts zu tun hat.

Stadt-Verleher klagt über die Anzahl Kaiserpersonale und wird vom Herrn Wügerem. Hoch befragt, weil die Arbeitsüberlastung groß ist. Verschiedene Arbeitsstände an der Stadt, Betriebsüberlastung kommen nach zur Sprache. Stadt-Verleher. 3. Ho m a s bemängelt die schlechte Instandhaltung der Straßen, Stadt-Verleher beklagt sich über Störungen in der Gaszufuhr. Man stellt fest, daß der Betriebsbeschaffer mit anderen Arbeitern zu sehr überhäuft wird, daß er für Tagelöhner kaum Zeit findet. Der Wechsellager wird von jetzt ab nur noch mit Tagelöhner beschäftigt werden.

Zum Schluß teilt Beigeordneter Stadt-Verleher G a s s e i e r noch mit, daß die Rechnungen für den 4. Mai fertig gestellt sind. Das Wahlverfahren ist erneuert; Beschreiber werden von den Stadtverordneten gewählt.

Ende gegen 7 Uhr.

Nassau, 2. März. „Bunter Abend“ der Anstalt Scheuern. Am Sonntag, den 2. März fand im Hofsaal der Anstalt der Anstalt Scheuern ein „Bunter Abend“ statt, der als äußerst gelungen bezeichnet werden muß. Ein Sonntag nach dem Brau des Alltags „Das Leben“ es hat auch Lust nach Feld“, und der Wechsel zwischen lauren Wochentagen und frohen Festen gibt dem Leben Kolorit. Beim „Hellerheit“ der Himmel ist unter den alles gedehlt, aufgenommen Gift, dann muß in der Anstalt die gute Welt wachen. Die sämtlichen Nummern der Vortragsfolge, die hier angeführt werden sollen: 1. Lied von der Anstaltsarbeit, 2. Gedicht: Peter in der Fremde, 3. Eins und Wits, 4. Die Dimpfboten, 5. Radfahrer, 6. Wolltöchter, 7. Die dumme Heil und der Hühner, 8. Rapphorst, 9. Hausputz, 10. Silbador, einer Wirtinigung zu unterlegen, würde zu weit führen. Es soll nur gesagt sein, daß alles vorzüglich klappte, und der erste Beifall, den alle Darbietungen fanden, bewies, daß die Mühe der Vorbereitung sich gelohnt hat. Leider ließ sich die Anstaltsleitung nicht bewegen, eine Wiederholung des „Bunten Abends“ für mehrere Kreise zu bieten. Allen, die zum Gelingen beitragen, sei herzlich gedankt mit der Bitte, bald eine ähnliche Veranstaltung (oder Wiederholung) folgen zu lassen.

Holzappel, 3. März. Der kleine Turn- und Sportverein hatte es sich zur Aufgabe gestellt, am Samstag, den 2. und Sonntag, den 3. März im gemütlichen Saal von Christian Knoll das Schauspiel „Mit Heideberg“ zur Aufführung zu bringen. Schon vor Beginn der Aufführung war an beiden Abenden der Saal gut besetzt. Die einzelnen Rollen waren dabei auf e. l. e. t. a., daß man sich fragen mußte, sind es Berufsdarsteller oder nicht. Mitherbast und mit großer Eleganz entledigten sich die Darsteller ihrer Aufgabe. Es wäre zu viel, jeden einzelnen Darsteller namentlich herauszuheben, und man konnte auf jeden Antheil der Besuche lesen, mit welcher Aufmerksamkeit und voller Zurechtweisung man den Aufführungen folgte. Ränder hatte es ein Ereignis genannt, aber unter der unermüdlichen Leitung des Vorsitzenden Herrn Wilhelm Schmitz ist dieses Unternehmen meisterhaft geführt, und man darf wohl hoffen, daß dem Fonds zur Beschaffung neuer Kirchspielstätten eine recht nette Summe zugunsten werden dürfte. Möge es dem Turn- und Sportverein vergönnt sein, noch hier solche Veranstaltungen zu arrangieren, zur Freude der Einwohner. Der nächsten Darstellerinnen und Darsteller sei auf diesem Wege herzlich gedankt.

Kahnstücken, 3. März. Am Sonntag, den 23. März, nachmittags 2 Uhr findet im Vereinslokal Saalbau Blich, Kahrenstücken, eine Veranstaltung sämtlicher Turnvereine auf dem Einzug und Umgehung statt. Tagesordnung: Vorlesung über Gründung eines neuen Clubs auf dem Einzug. — Auch die beiden Vereine, welche durch ein Rundschreiben nicht beachtet sind, werden gebeten, an der Veranstaltung teilzunehmen. Wir bitten, nur beachtliche Vereine zu entsenden; Angabe der genauen Mitgliederzahl eines jeden Vereins ist unbedingt erforderlich.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Wiesbaden, 3. März. Unfall auf dem Ball. Auf einer Vereinsveranstaltung am Samstag, bei der man sich auch auf einer Nachbarn vergrößert, ereignete sich ein schwerer Unfall. Die 19jährige Elise Fingen kam auf der Rückbahn unglücklich zu Fall, daß sie sich eine schwere Schädelfraktur zuzog. Sie wurde von der Sanitätskommission in das städtische Krankenhaus gebracht.

Königsfelden, 3. März. Im Schnee stehen geblieben. Durch den Schneeeinsturz, der am letzten Freitag über den Rheingebiet hinweg wurde die Bahnstation der Eisenbahn Königsfelden-Höchst a. M. und Soden-Höchst mit Schneemassen bedeckt zugemacht, daß zwischen Melsbühl und Ober-Neubühl der Abendpersonenzug stehen blieb und auch an anderen Stellen so schwere Verhinderungen vorliefen, daß der Betrieb zunächst unterbrochen werden mußte. Auch der Zug von Höchst nach Soden blieb bei Salsbach in den Schneemassen stehen und konnte erst mit Hilfe einer anderen Maschine befreit werden.

Köln, 4. März. Der Delegiertenrat zu dem großen nationalen Gegenwert am Pfingsten d. Js. des hiesigen N. S. D. „Lieberkang“ findet am Sonntag, den 9. März, nachmittags 1 Uhr im Rathhaus zum Engel statt. Außer sehr hohen Geld- und wertvollen Ehrenpreisen wird auch ein deutscher Reichs- und heftiger Staatspreis ausgeteilt. Köln ist von allen Seiten per Bahn und Schiff bequem zu erreichen und seine schön bekannte und sonnenreiche Umgebung gibt alle Gewähr, ein recht angenehmes Gönnerfest zu erleben. Der Preter selbst hat alle Vorkehrungen hierzu in beide Hände gelegt.

Frankfurt a. M., 2. März. Brand im heimischen Institut. Aus bisher nicht angezeigten Ursachen entstand in dem Privatlaboratorium eines Professors des heimischen Universitätsinstituts ein Brand. Als die Feuerwehr eintraf, war der Raum durch brennende Säuren schon beinahe verqualmt, daß die Feuerwehrmänner nur sehr schwer an den Brandherd gelangen konnten. Das Feuer konnte in kurzer Zeit lokalisiert werden. Der Sachschaden ist sehr erheblich.

Frankfurt a. M., 3. März. Streik der Musiker. In den Kaffeehäusern und den 32 Frankfurter Klubs rufen wieder einmal Was, Was und Oigen, samt allen anderen Musikinstrumenten. Die Musiker streiken, weil die von Verband der Musiker geforderten Löhne von den Kaffeehausbesitzern und Klubbältern abgelehnt worden sind. Die Arbeitgeber wollten einen Wagenlohn von zusammen 55 Goldmark bei siebenstündiger Arbeitszeit geben. Das lehnten die Musiker als zu niedrig ab. Darauf traten sie in den Streik. Die Kaffeehausbesitzer befehlen sich vielfach mit Hilfskräften, die sich reichlich anbieten. Wo keine Konzerte stattfinden, wurden die Preise erheblich herabgesetzt.

Frankfurt a. M., 3. März. Ein Opfer des „Abwands“. Ein älterer Polizeibeamter, der zu Ende Februar wegen des Abwands den Dienst quittieren mußte, erlitt sich aus Sorge um seine fernere Zukunft.

Wiesbaden, 4. März. Autounfall. Gestern abend wurde ein Arbeiter, der sich auf dem Heimwege befand, auf der Landstraße kurz vor Wiesbaden von einem Auto erfaßt und überfahren. Die Autofahrerin kümmerte sich nicht um den Verunglückten, ließen ihn liegen und fuhren in der Richtung nach Oberlahnstein davon.

Aus dem Rheingebiet, 3. März. Notstandsarbeiten. Das Kreisamt des Rheingebietes zu Ridesheim hat bestimmt, daß alle Notstandsarbeiter müssen sich 48 Stunden zu arbeiten haben. Bei Widersetzungen gegen diese Bestimmungen können die Notstandsarbeiten sofort eingestellt werden. Die Bestimmung ist erlassen, um den 90prozentigen Staat. Zuschlag zu erreichen.

Köln, 3. März. Ankauf von Notgeld. Das gestrige, von der Stadt Köln ausgegebenes Notgeld wird hiermit zur Einlösung an die Bank und versiert gemäß den Ausgabebedingungen seine Gültigkeit. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Notgelder ohne von allen städtischen Kassen in Zahlung genommen.

Bermischte Nachrichten

Kongert zu Gassen notleidender deutscher Musiker

Wien, 3. März. Zu Gunsten der notleidenden Musiker Deutschlands veranstalteten gestern die vereinigten Wiener Symphoniker, das Volksopernensemble und die Philharmoniker ein großes Kongert, in dem Richard Strauß, Franz Schalk und Prof. Clemens Kraus dirigierten.

Die Reparationen Deutschlands an Jugoslawien

Belgrad, 3. März. Nach einer Havasmeldung sind die Verhandlungen über die Lieferungen von Material durch Deutschland an Jugoslawien beendet, so daß die Reparationen für die Reparationen in Kraft treten können. Das Deutsche Reich erkennt die jugoslawische Rechte auf einen Teil der Bestellungen an, für welche Deutschland vorläufig gelistet. Der Führer der jugoslawischen Delegation bei der Reparationskommission ist hier eingetroffen, um das Abkommen vor sei-er definitiven Annahme prüfen zu lassen.

Zum Besuden des Fünzen

Tokio, 3. März. Im Besuden des erkrankten Prinzen Matanata, dessen Tod bereits gemeldet wurde, ist eine Besserung eingetreten.

Wirtschaftliches.

Von geschäppter Seite geht mit folgender Artikel:

An die Mitglieder des Reichstages!
Vetr: Sozialdemokratische Interpellation

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach dem Bericht im heutigen „Vorwärts“ eine Interpellation im Reichstage eingereicht, die sich mit dem Verhalten der Industrie und insbesondere der Spitzenorganisation der Arbeitgeber, der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, befaßt. Der „Vorwärts“ erklärt weiter, daß die Forderung der Regierung wegen der ungeheuerlichen sozial-reaktionären Vorhänge der Kapitalisten gegen Arbeiterzeit, Arbeitsrecht und Arbeitslohn „inverpesseren, werde. Die Interpellation selbst spricht von „unerbittlichem Lohndruck, durch welchen die Arbeitsmöglichkeiten aufs Schwerste beeinträchtigt werden.“ Sie führt aus, daß durch „den sozial-reaktionären Vortritt der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie im besetzten Gebiet, eine allgemeine Produktionskrise“ ausgelöst worden ist, die sich in der Verengung der deutschen Arbeitsverhältnisse, daß sie systematisch die Tarifverträge und die staatliche Arbeitsbeschaffungsbestimmungen“ wolle, sie macht die Industrie für den Produktionsrückgang und die Schädigung der deutschen Wirtschaft verantwortlich und fordert im Anschluß daran von der Regierung entsprechende Abwehrmaßnahmen gegen den von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände organisierten „Arbeitsstand und die von dort leitende offene Osterparabotage“. Sie fordert eine Aufhebung an die Schlichtungsausschüsse, die Verlangung der Arbeitgeber über acht Stunden „mit bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall verbindlich zu erklären“. Sie fordert endlich Maßnahmen gegen den Lohnabbau und eine übermäßige verlängerte Arbeits-

zeit. „Beide produktionshemmenden Wirkungen und andererseits die gefährliche Aufkündigung einer Schichtkontinuität von Deutschland auf dem Weltmarkt entstehen lassen.“

Die Öffentlichkeit ist in ausgiebigem Maße über die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in aller Öffentlichkeit und Ehrlichkeit vertretene Auffassung und Grundzüge unterrichtet worden. Wie verweisen hierzu insbesondere auf die anliegenden Ausführungen unter der Überschrift „Was die Arbeitgeber wollen“.

Wir stellen zunächst mit tiefstem Bedauern fest, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die hinter ihr stehenden Kreise offensichtlich trotz der bitteren Erfahrungen der letzten Jahre immer noch nicht erkannt haben, worauf es bei einer Gesundung der deutschen Wirtschaft und damit unserer gesamten innerpolitischen Verhältnisse ankommt. Sie haben sich anscheinend immer noch nicht überzeugt, daß die von ihnen in den letzten Jahren besorgte Konsumtenpolitik fortgesetzter Lohnerhöhungen ohne gleichzeitige Steigerung der Produktion und der Senkung der Arbeitslosigkeit durch das Hineinpressen möglichst vieler Arbeitskräfte in die Betriebe, wo sie nach Lage der Sache nur unproduktiv beschäftigt werden können, zu befähigen, das Gegenteil von dem erreicht, was als notwendig und erwünscht erstrebt wird. Man muß sich auf das Unersehene beturmen, wie nach den Erfahrungen der letzten Jahre überhaupt noch die Meinung bestehen kann, als läge sich eine Erhöhung des Lohnes ohne gleichzeitige Steigerung von Produktion und Währung erreichen, nach dazu in einem Zeitpunkt, wo die gesamte Wirtschaft sich über die Notwendigkeit weiteren Preisabbaus zum Abstieg der Produktion und der Beschäftigung einig ist. Wenn es gelungen ist, in den letzten Monaten die Kaufkraft des größten Teiles der Bevölkerung auf einen gleichbleibenden Niveau zu erhalten und die Stabilität unserer Zahlungen mittel zu sichern, so ist dies nicht an letzter, sondern vielmehr mit an erster Stelle dem zu danken, daß die Wirtschaft sich dem Drängen der Arbeiter und ihrer Vertreter, im Wege weiterer fortgesetzter Lohnerhöhungen eine neue Inflationsspirale einzuleiten, widersetzt hat.

Ihr Frage des Tarifvertrages sollen wir erneut fest, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und ihre hiesigen Organe einen „sozialistischen Kampf“ zur die Vertiefung der Tarifverträge imo-er staatlichen Schlichtungsausschüssen eingeleitet haben, noch eingeleitet gewillt sind. Im Gegenteil kommt es der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände darauf an, daß die Grundzüge einer freien Tarifbindung selbst für die kollektiven Vertragsabschlüsse als auch für die Schlichtung entstanden Streitigkeiten wieder hergestellt werden. Die Vereinigung stellt Vertrags- und Schlichtung in die freie, auf Beamtentüchtigkeit beruhende Entscheidung der beteiligten Organe und nicht in die des Beamtentüchtigungsorgans, sich hemmende und ausschließliche Entscheidung ausübender Stelle. Hierbei will die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht in den Fehler eines harten Dogmatismus verfallen. Sie erkennt durchaus an, daß sich auch die Wirtschaft dem Gesamtinteresse unterzuordnen hat und daß die Staatsautorität erhalten bleiben muß. Sie erkennt hiermit an, daß auch der Staat als Schlichter in Gesamtschlichtungen einzutreten hat, sobald das staatliche Interesse überwiegt hervortritt und die freie Tarifbindung erfragt hat. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist hier nach bereit gewesen, auch mit den Vertretern der Gewerkschaften die Grundlagen einer Tarifbindung auf diesem Boden zu finden. In unermesslichem Bedauern hat jedoch der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dieses mit seinen Vertretern vereinbarte Abkommen abgelehnt.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich erneut ausschließlich auf den Boden des allgemeinen schematischen Achtstundentages gestellt und beschloffen, sich jeder tariflichen Verlängerung der Arbeitszeit mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu widersetzen. Damit sind die Voraussetzungen, unter denen die Arbeitszeitverordnung des Arbeitsministers erlassen ist, nämlich die Annahme, daß die Gewerkschaften bereit seien, wo es notwendig und möglich ist, die Arbeitszeit im Wege tariflicher Vereinbarung zu verlängern, hinfällig geworden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt die schwere Schuld auf sich, dieses die Möglichkeit unserer Behandlung von Grund auf veränderte und gefesselte Verhältnisse eines großen Teiles der Gewerkschaften, ihrer Organe und von Regierung und Reichstag das Gleiche zu verlangen, indem sie eine amtliche Anweisung auf die Schlichtungsausschüsse fordert, in Einschränkung des Gehirns die Verlängerung der Arbeitszeit nur unter ganz besonderen Verhältnissen für verbindlich zu erklären.

Wenn in der Interpellation behauptet wird, die verlängerte Arbeitszeit würde produktionshemmend sein, so kann dies wohl nicht ernst gemacht werden. Bedauerlich ist es, daß die Interpellation glaubt, sich aus dem fatalen Auslande stammende, aus dem Kontingentsverkehr des Auslandes erlöschende Wort einer „sozialen Schichtkontinuität“ Deutschland zu eigen machen zu wollen. Sachlich ist diese Darstellung umso weniger gerechtfertigt, als das mit uns im Kontingentsverkehr stehende Ausland in der ersten Linie die führenden industriellen Staaten den Achsenmächten in der von den Gewerkschaften verlangten Weise selbst nicht eingeleitet haben und die Gewerkschaften jederzeit im November 1918 selbst durch einen von ihnen damaligen Vorsitzenden, dem ersten hiesigen Abgeordneten Logen unterzeichneten Brief an die damaligen Reichsregierungen ausbedeutlich anerkannt haben, daß die Durchführung des Achtstundentages in Deutschland an die Währungsfrage geknüpft ist, daß dieser Kontingentsverkehr international durchgeführt werden.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

